



4. **Motion Stefanie Huber (glp/GEU) und 8 Mitunterzeichnende «Delegation Einbürgerungskompetenz an den Stadtrat» / Begründung und Überweisung GR Geschäft Nr. 103/2016**

Begründung Motion

Stefanie Huber (glp/GEU)

„National, kantonal und lokal setzen wir Legislativen die Kriterien fest, wann jemand das Schweizer Bürgerrecht erhält. Herauszufinden, ob jemand diese Kriterien erfüllt, darf dann nicht mehr politisch gefärbt sein, sondern sollte einheitlich und fair umgesetzt werden – es ist eigentlich ein Verwaltungsakt. In Dübendorf werden die erleichterten Einbürgerungen bereits heute nur vom Stadtrat behandelt, der Gemeinderat äussert sich nur zu „normalen“ Einbürgerungen. Im Prinzip ist das eine Doppelspurigkeit, denn Stadtrat und Gemeinderat prüfen die gleichen Kriterien und müssen die gleichen Massstäbe anlegen. Wer die Debatten verfolgt, sieht auch, dass der Gemeinderat so gut wie immer dem Stadtrat in seinen Entscheiden folgt. Einerseits ist es eine Frage der Effizienz, ob sich Dübendorf eine Bürgerrechtskommission leistet, welche die Arbeit des Stadtrates wiederholt. Andererseits hat die Erfahrung im Gemeinderat auch gezeigt, dass die Umsetzung durch den Stadtrat einheitlicher und damit fairer gewährleistet wird. Warum das? Einzelne Gemeinderatsmitglieder erlauben sich, ihre Stimme in einer Art und Weise abzugeben, die dem Gesetz nicht entspricht und eigentlich als „Willkür“ bezeichnet werden müsste. Das geht nur, weil sich die Mehrheit ihrer Verantwortung als Parlament im Schweizerischen Rechtsstaat bewusst ist. Die glp/GEU hat sowohl 2007/8 und 2012/13 an vorderster Front mitgekämpft, unsere Bürgerrechtskommission abzuschaffen und diese Kompetenz für erleichterte wie normale Einbürgerungen dem Stadtrat zu übertragen. Wir waren also von Anfang an bereit, diese Kommission abzuschaffen – selbst als wir sie präsidierten. Einige von Ihnen mögen sich an die engagierten Voten von Valeria Rampone als damalige Präsidentin noch erinnern. Dass wir nun einen neuen Vorstoss in diese Richtung machen, beruht auf den Diskussionen vor und an der letzten Gemeinderatssitzung. Während wir seit fast 10 Jahren für die Abschaffung der BRK gewiebelt haben, schien die Kommission für anderen Dübendorfer Parteien staatstragend zu sein. Mit dem Rücktritt der langjährigen Präsidentin hätte sich die Möglichkeit geboten, hier nun endlich einmal „durchzugreifen“, was in diesem Thema sonst immer lauthals verlangt wird. Doch genau diese Personen haben es nicht für nötig befunden, jemanden für dieses Kommissionspräsidium vorzuschlagen, obwohl der anstehende Rücktritt seit Jahren bekannt war. Wenn nun aber die BRK nicht wichtig genug ist, dass man für sein Lieblingsthema endlich Verantwortung übernehmen und ein Kommissionspräsidium aufbauen will, dann darf man die Frage nach der Notwendigkeit dieser Kommission wieder einmal stellen. Dass der Auslöser gewissen Gemeinderäten die Zustimmung nicht einfacher macht, mag sein. Aber wir alle haben die Argumente an der letzten Sitzung gehört. Sachliche Argumente werden Sie schwerlich finden. Die glp/GEU muss mit dieser Motion mal wieder ein paar Pflöcke einschlagen. Wir freuen uns auf die kommende Diskussion und danken bereits im Vorfeld für die Überweisung.“

Stellungnahme Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)

„Als der Stadtrat über diese Motion diskutierte, hat er sich selbstverständlich nicht an der gemeinderätlichen Diskussion, welche der Auslöser diese Motion war, orientiert. Das ist nicht unsere Sache und da mischen wir uns auch nicht rein. Wir haben jedoch eine Beurteilung vorgenommen und haben uns an der Vergangenheit bzw. an unserer Positionierung gemäss Weisung aus dem Jahr 2013 orientiert. Und wir sind unabhängig von der jetzigen politischen Diskussion der Meinung, dass wir den Inhalt bzw. das zu erfolgende Resultat der heutigen Motion bereits in unserer damaligen Haltung befürwortet haben. Dies führte dazu, dass wir uns sachlich mit der heutigen Motion auseinander gesetzt haben. Inhaltlich haben wir uns an unserer Positionierung aus dem Jahr 2013 orientiert, da es keine sachlichen Gründe gibt, nun eine Kehrwende zu machen. Das führt dazu, dass der Stadtrat die Motion in sachlicher Hinsicht unterstützt.“



Allgemeine Diskussion

Patrick Walder (SVP)

„Am 8. April 2013, also ziemlich genau vor 3 Jahren, hatten wir genau das gleiche Thema schon mal im Rat besprochen. Die Mehrheit des Gemeinderats war der Ansicht, dass die Kompetenz für die Einbürgerungen beim Gemeinderat verbleiben soll. Man könnte nun argumentieren, dass es sich grundsätzlich um die gleiche Vorlage handelt wie dazumal und es somit schon sehr speziell ist, dass wir nun dies wieder behandeln müssen. Aber geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich bin Demokrat genug, um dies nicht zu kritisieren sondern mich erneut der Diskussion zu stellen. Es gibt nun halt Kreise in diesem Rat, welche es so gar nicht ertragen können, wenn sie verlieren. Diese Kreise rund um die glp/GEU als schlechte Verlierer darzustellen, wäre zu kurz gegriffen. Beachtet man nämlich die Begründung der Motion, so bemerkt man, dass es gar nicht um die Sache geht, es geht gegen die SVP. Da steht doch in der Begründung der Motion „Aufgrund der aktuell laufenden Diskussion um das Präsidium der BRK scheint der Moment gekommen, die damalige Debatte über die Kompetenz wieder aufzunehmen“. Nur weil die SVP zum jetzigen Zeitpunkt nicht die Möglichkeit hatte, das Präsidium der BRK zu übernehmen und eine hervorragende Kandidatur von Arianne Egli unterstützte, möchte die glp/GEU gleich die Gemeindeordnung ändern. Irgendwie fühle ich mich als Präsident der SVP Dübendorf schon etwas geschmeichelt, dass eine Partei ihre Vorstösse nach der Personalpolitik der SVP Dübendorf richtet. Weiter steht in der Begründung der Motion, etwas schöner formuliert, dass es ein Skandal sei, dass es einzelne Mitglieder im Gemeinderat gebe, welche der Meinung der glp/GEU nicht folge und eigene Kriterien für Ihre Entscheidungsfindung setzen. Dies widerspreche der Demokratie, so die Begründung. Geschätzte Erstunterzeichnende - Sie verwechseln Demokratie mit Diktatur! In einer Demokratie gib es drei wichtige Grundsätze:

1. Jede Person ist in seinen Entscheidungen frei,
2. Muss keinen Weisungen, schon gar keinen Weisungen einer Kleinstpartei, in seinen Entscheidungen folgen,
3. Und muss diese Entscheidungen gegenüber der Obrigkeit nicht begründen.

Was Sie als Begründung in Ihrer Motion aufführen, ist genau das Gegenteil. Sie verlangen, dass die Parlamentarier für Ihre politischen Entscheidungen Weisungen von Kleinst-Parteien befolgen soll, in den persönlichen Entscheidungen nicht mehr frei sind und diese, auch bei einem unterliegenden Entscheid, zu begründen hätten, was Sie intelligenter Weise nicht in der Motion aufführen aber in den Referaten der letzten Sitzung erwähnt wurde. Und bevor Sie jetzt behaupten, dass das Bundesgericht im Jahr 2003 entschieden haben soll, dass ablehnende Entscheide begründet werden müssen, so hat sich das Bundesgericht bei diesem Entscheid eben nicht auf die einzelnen Entscheidungsträger bezogen sondern auf die entscheidenden Gremien. Geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen, ich gehe davon aus, dass alle von ihnen die Protokollseiten 433 bis 440 der Sitzung vom 8. April 2013 gelesen haben. Alle Argumente über den Sinn und Unsinn der Verschiebung der definitiven Einbürgerungskompetenzen an den Stadtrat wurden bereits dort besprochen. Aus diesem Grund möchte ich Sie mit ausführlichen Argumenten verschonen. Nur so viel:

- Es darf doch nicht sein, dass ein solch wichtiger Entscheid der Kontrolle der gemeinderätlichen Kommission, dem Gemeinderat und der Kontrolle der Bevölkerung entzogen wird. Soll dann auch das Budget, welches sehr viele fixe Kosten enthält, einfach durch den Stadtrat verbindlich abgesegnet werden und wenn Nein, wo sehen Sie den Unterschied?
- Es darf doch nicht sein, dass ein solch wichtiger Entscheid zu einem Verwaltungsakt degradiert wird und die politischen Entscheidungen der politischen Gremien des Stadtrats und des Gemeinderats unterwandert wird, denn auch der Stadtrat ist ein politisches Gremium.
- Und es darf doch nicht sein, dass anders denkende Meinungen in einer Demokratie einfach als Willkür deklariert und beschimpft werden, nur weil einem dies nicht passen. Das wäre ein sehr schlechter Stil.

Auch wir betiteln diesen Vorstoss nicht als willkürlich sondern akzeptieren diese demokratische Möglichkeit des Vorstosses, zeigen uns einfach etwas erstaunt, dass die Gemeindeordnung von Dübendorf auf Grund des Abstimmungsverhaltens einer einzigen Partei, der SVP, welches ja bei den Einbürgerungen in der Regel nicht mal mehrheitsfähig ist, aus reinem Frust, dass die SVP den Vorschlag



der FDP für das Präsidium der BRK unterstützt hat, angepasst werden soll. Erteilen wir doch dieser Motion eine Abfuhr und halten am bewährten System der Einbürgerungen in Dübendorf fest, welche sämtliche gesetzliche Anforderungen erfüllt, und sprechen so der alten wie auch der neuen Präsidentin der BRK unser Vertrauen aus.“

Patrick Schärli (CVP)

„Der Anlass der Initianten dieser Motion ist das Abstimmungsverhalten einzelner Mitglieder im Gemeinderat, wie auch die aktuelle Diskussion um das BRK-Präsidium im Gemeinderat. Wir alle erinnern uns an diese unrühmliche Debatte an der Februar-Sitzung. Nach der Meinung der CVP darf jedoch das Wahl- und Abstimmungsverhalten im Rat einzelner Gemeinderäte oder das einer Fraktion nicht der Grund sein, die Gemeindeordnung anzupassen. Auch wir hätten es bevorzugt, wenn die SVP das BRK-Präsidium übernommen hätte. Auch wir stören uns an dem fragwürdigen Stimm- und Wahlverhalten der SVP-Fraktion bei Bürgerrechtsgeschäften. Wir sind jedoch der Meinung, dass es triftigere Gründe braucht um die Gemeindeordnung zu ändern und erachten daher die Beweggründe der Motionäre als falsch.

Zum Inhalt der Motion: Die Zusammenarbeit bei Einbürgerungen zwischen Stadtrat und BRK hat sich gut eingespielt. Der aktuelle Prozess weist kaum Doppelspurigkeiten auf. Eine Delegation der Einbürgerungskompetenzen an den Stadtrat würde also weder zeitlich noch kostentechnisch eine signifikante Verbesserungen bringen. Aus dieser Sicht, drängt sich eine Anpassung nicht auf. Ziel des Einbürgerungsverfahrens ist es, unter anderem Willkür-Entscheide zu vermeiden, daher sind objektive Kriterien anzuwenden. Dass diese Kriterien von zwei unterschiedlichen Kommissionen bzw. Delegationen beurteilt werden, erachten wir nicht als nachteilig, sondern sehen darin sogar Vorteile, ist die Vergabe eines Bürgerrechts doch durchaus ein gewichtiger Akt. In der Vergangenheit hat es bei Einbürgerungen keine Willkür-Entscheide gegeben. Eine Änderung der Praxis ist also auch aus diesem Aspekt nicht zwingend. Für die CVP-Fraktion ist die Erteilung des Bürgerrechts mehr als nur ein reines Sachgeschäft. Es hat einen symbolischen Charakter und weist auch eine emotionale Komponente auf. Die Degradierung zum reinen Verwaltungsakt erachten wir daher als falsch.

Zusammenfassung: Eine Änderung der gängigen Praxis bringt objektiv keine bedeutenden Vorteile. Eine Vermeidung von Willkür-Entscheidungen ist nicht nötig, da es keine gegeben hat. Verfahrenstechnisch sind keine relevanten Mängel am bestehenden Prozess erkennbar, weder Zeit noch Kosten können massgeblich eingespart werden. Vor allem aber ist für uns die Erteilung eines Bürgerrechts mehr als nur ein emotionsloses Sachgeschäft. Der öffentliche Entscheid im Rahmen einer Gemeinderatssitzung hat symbolischen Charakter und widerspiegelt das Gewicht dieses Entscheids. Daher wird die CVP-Fraktion die Motion nicht unterstützen.“

Andrea Kennel (parteilos; für SP/Grüne-Fraktion)

„Fast bei jeder Einbürgerung gibt es ablehnende Stimmen. Die Gründe für eine Ablehnung sind oft willkürlich. Diese Willkür möchte ich aber klar nicht allen unterstellen. Oft haben einzelne GR-Mitglieder ihre eigenen Richtlinien, anhand deren sie über Einbürgerungen entscheiden. Bspw. wenn von einem Ehepaar nur eine Person das Gesuch stellt, dann wird die Einbürgerung abgelehnt. Eine solche Ablehnung im Gemeinderat ist juristisch gesehen erlaubt, aber sinnlos. Wieso soll das sinnlos sein? Sie mögen jetzt argumentieren, dass das doch demokratisch sei. Demokratisch müssen die Kriterien sein. Das heisst, die Kriterien, nach denen Einbürgerungen beurteilt werden, müssen demokratisch festgelegt werden. Das ist heute so und das bleibt auch so. Sind die Kriterien festgelegt, müssen sie möglichst einheitlich angewendet werden. Werden Kriterien nicht einheitlich, sondern mal so und mal so angewendet, dann ist das nicht fair, sondern willkürlich. Es darf nicht sein, dass einzelne Gemeinderatsmitglieder bei den Einbürgerungen ihre eigenen Massstäbe setzen und Kriterien anwenden, die nicht demokratisch entschieden wurden. Das ist für mich nicht mehr demokratisch. Unter diesem Aspekt erscheint das aktuelle Einbürgerungsverfahren als untauglich. Es kann ja aber kaum sein, dass wir seit vielen Jahren ein so schlechtes System haben, ohne dass wir das je gemerkt hätten. Nun, teilweise haben wir ja Schwachstellen bemerkt. Bis vor etwa 7 Jahren beurteilten der



Stadtrat und die BRK in einem Gespräch die Sprachkenntnisse und die Kenntnisse über die Schweiz. Diese Beurteilung war teilweise nicht sehr einfach und es war nicht klar, ob hier wirklich fair beurteilt wurde. So wurde im Gemeinderat entschieden, dass Sprachkenntnisse und Staatskunde durch die WBK zu prüfen ist. So gelten für alle die gleichen Massstäbe. Dieses Verfahren mit den Prüfungen hat sich nun in den letzten Jahren bewährt. Damit wurden die Kriterien klarer definiert und vor allem sind die Kriterien, die sonst zu Diskussionen führten, messbar. Eine Einbürgerung kommt nur vor den Gemeinderat, wenn die Prüfungen bestanden sind. So stellt sich nur noch die Frage, wieso man ein bewährtes System verändern soll. Die wichtigste Veränderung haben wir bereits vor 7 Jahren vollzogen. Mit den Prüfungen in Deutsch und Staatskunde werden die Einbürgerungsgesuche einheitlich nach messbaren Kriterien beurteilt. Das war ein wichtiger Schritt zu fairen Einbürgerungen. Der logische nächste Schritt ist nun, das gesamte Verfahren soweit sinnvoll zu vereinfachen. Der Gemeinderat ist legislativ und legt die Kriterien fest, das bleibt. Der Stadtrat ist exekutiv und entscheidet basierend auf den messbaren Kriterien, das genügt. Wer ein gutes Gedächtnis hat, hat gemerkt, dass ich mein Votum von vor 3 Jahren hervorgeholt habe und nur die Anzahl der Jahre angepasst habe. Ein wichtiges Argument hatte ich damals aber weggelassen: die Finanzen und die unnötige Bürokratie. Das aktuelle Verfahren ist viel zu bürokratisch und viel zu teuer. Zuerst muss die Exekutive prüfen, ob die Bedingungen für eine Einbürgerung erfüllt sind, dann prüft nochmals die BRK und dann der gesamte Gemeinderat. Empfiehlt der Stadtrat eine Einbürgerung, die dann im Gemeinderat abgelehnt wird, können die Betroffenen an den Bezirksrat gelangen. Dieser prüft dann nochmals und wenn der Gemeinderat willkürlich abgelehnt hat, dann wird trotzdem eingebürgert. Die SP/Grüne-Fraktion unterstützt diese Motion. Die Delegation der Einbürgerung an den Stadtrat ist also nicht nur sinnvoll und fair, sondern auch effizienter und günstiger, ganz im Sinne eines schlanken Staates.“

Theo Johner (BDP)

„Die BDP/EVP-Fraktion war in der Diskussion über dieses Thema im Jahr 2013 gespalten. Alle Argumente wurden bereits gesagt und ich verzichte darauf, diese zu wiederholen. Wir sind der Meinung, dass sich seit damals nichts an der Ausgangslage geändert hat. Somit macht es auch jetzt keinen Sinn, aufgrund der Ereignisse der Gemeinderatssitzung vom 1. Februar 2016, das Thema wieder auf den Tisch zu bringen. Wir sind darum zum jetzigen Zeitpunkt gegen diese Motion. Auch sind wir der Meinung, dass die Delegation des Stadtrates, welche die Gespräche mit den Antragsstellern führt, zu klein ist. Es sind nämlich genau zwei Personen, wovon eine jedes Mal wechselt. Von einer Sicherstellung einer einheitlichen Behandlung kann somit nicht gesprochen werden.“

Valeria Rampone (glp/GEU)

„Ich danke Andrea Kennel, sie hat mir mit ihrem Votum sozusagen bereits einige Worte aus dem Mund genommen. Nämlich günstig, effizient und wenig Bürokratie – da sind wir uns absolut einig, denn in die gleiche Richtung geht auch unsere Position. Bereits viele Gemeinden im Kanton Zürich haben diese Umstellung bereits gemacht und dort werden die Einbürgerungsgesuche abschliessend durch die Exekutive behandelt. Eigentlich ist es ein sehr emotionales Thema. Emotionen sind jedoch in der politischen Arbeit oftmals schlechte Ratgeber. Ich versuche somit, sachlich und vernünftig zu bleiben. Wir haben gehört, dass es wichtig sei, dass die Einbürgerungskompetenz beim Gemeinderat bleibt. Ansatzweise haben wir auch den einen oder anderen Grund dafür gehört. Es stehen scheinbar Befürchtungen im Raum, dass der Gemeinderat die Arbeit des Stadtrates überprüfen müsse. Vielleicht ist auch die Befürchtung da, dass der Stadtrat das Thema Einbürgerungen politisch ganz anders einschätzt als der Gemeinderat, jeden einbürgern möchte und der Gemeinderat dies mit der Delegation der Einbürgerungskompetenz an den Stadtrat nicht mehr verhindern könnte. Das stimmt natürlich nicht. Weil die Kriterien, nach denen der Stadtrat arbeitet, legt immer noch der Gemeinderat fest. Ich möchte kurz etwas Struktur in dieses Thema bringen, da vielleicht nicht alle, die jetzt im Rat sitzen, die Vorgeschichte kennen:



- Seit dem Jahr 2007 arbeitet die Bürgerrechtskommission (BRK) mit einem Fragebogen. Vorher wurden einfach diejenigen Fragen gestellt, die den Mitgliedern gerade in den Sinn gekommen sind.
- Am 1. Januar 2008 geschah die nächste grosse Änderung. Ab dann musste jeder Gesuchsteller bei der WBK zwei Prüfungen absolvieren (Deutsch- und Staatskunde) und bestehen.
- Das Verfahren ist heute in Dübendorf transparent, professionell und verhindert Willkür.

Der Stadt- und Gemeinderat prüfen die Gesuche nach den gleichen Kriterien, welche vom Bund, vom Kanton und von uns festgelegt wurden. So ein Verfahren soll garantieren, dass alle Gesuchsteller gleich behandelt werden und keine Willkür möglich ist. Und genau darum sind die Kriterien sehr eng gefasst. Und de facto haben wir keinen Ermessensspielraum. Auch wenn man das nicht gerne hört, der Entscheid ist sehr nahe bei einem Verwaltungsakt. Das bedeutet also, dass es eine Doppelspurigkeit gibt zwischen der Arbeit des Stadtrates, der BRK und dem Gemeinderat. Die normale Praxis bei allen anderen Geschäften ist, dass der Stadtrat einen Antrag stellt und der Gemeinderat entscheidet. Man kann aber die Einbürgerungsgeschäfte nicht mit Sachgeschäften vergleichen, sie sind wirklich anders. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun, weil Einbürgerungen de facto keine politischen Entscheidungen sind. Wenn jemand also ein Gesuch ablehnt, welches eigentlich alle Kriterien für eine Annahme erfüllt, dann ist dies nicht rechtsstaatlich. Auch wenn dies nur einzelne machen ist es nicht besser. So funktioniert es nur, weil sich die grosse Mehrheit an die Regeln hält und nicht eigene subjektive Kriterien für die Bearbeitung von Bürgerrechtsgeschäften aufstellt. Es wurde auch die Befürchtung geäussert, dass der Stadtrat allenfalls ein Laissez-faire walten lässt, wenn wir nicht mehr hier sind zum Überwachen. Übrigens sind im Stadtrat alle grossen Fraktionen – ausser ausgerechnet die SP/Grüne-Fraktion – die hier im Gemeinderat sind, auch vertreten. Wenn also der Stadtrat seine Arbeit plötzlich nicht mehr gut machen würde, dann könnten entweder wir reagieren oder auch das Volk. Andrea Kennel hat vorhin die Vermutung geäussert, dass es wohl in den letzten Jahren fast nie Probleme gab. Ich selbst ging dem anhand der BRK-Protokolle ab 2008 (nach Einführung der WBK-Prüfungen) nach. In der BRK haben wir seit dieser Zeit 214 Bürgerrechtsgesuche behandelt, davon 210 Annahmen und 4 Ablehnungen. Die wichtige Frage ist nun, wie oft der Stadtrat und die BRK/der Gemeinderat nicht gleicher Meinung waren? Die Antwort ist: Null! Seit acht Jahren haben der Stadtrat und der Gemeinderat bei jedem einzelnen Einbürgerungsgesuch gleich entschieden. Also wie sinnvoll ist es, eine mit Steuergeldern finanzierte Kommission und ein Verfahren im Gemeinderat aufrechtzuerhalten, ohne dass ein wirklicher Mehrwert vorhanden ist? Keine der Befürchtungen, die rechtfertigen könnten, das Verfahren so zu lassen wie es ist, sind real. Ausser, dass die aktuelle Praxis eigentlich nur ein kostspieliger Leerlauf zu Lasten des Steuerzahlers ist. Es ist der Dübendorfer Bevölkerung gegenüber nicht richtig, sich auf ihre Kosten als Partei fälschlicherweise als Wächter des Schweizer Passes zu profilieren. Wer wirklich die Interessen der Dübendorfer Bevölkerung vertreten will, spart in Zukunft das Geld, welches wird in den letzten Jahre vergeudet haben – wir könnten es nämlich an einem anderen Ort besser gebrauchen.“

Marcel Berli (SVP)

„Bereits an der letzten Gemeinderatssitzung waren die Voten zum Thema „Präsidium BRK“ sehr heftig. Aus diesem Grund haben mich die vorliegende Motion und vor allem die Unterzeichnenden, nicht wirklich überrascht. Meine Bitte geht heute an alle anderen Ratsmitglieder, unabhängig welcher Fraktion sie angehören. Überlegt euch doch bitte, wie die Glaubwürdigkeit unseres Rates in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, wenn ein Ratsbeschluss nach nicht einmal 3 Jahren von den fast identischen Mitgliedern, die bereits damals mit einem Postulat „Für eine faire Einbürgerung“ gescheitert sind, nochmals das gleiche Geschäft, diesmal mit einer Motion, in Frage stellen? Kritische Bemerkungen dazu konnten bereits letzte Woche in den regionalen Zeitungen entnommen werden. Mir fehlt seit langem die Sachlichkeit zum Thema BRK. Ich zitiere nur eines von vielen Beispielen, aus dem genehmigten Protokoll der letzten Gemeinderatssitzung. Wenn unsere Ratskollegin Stefanie Huber ihre Rede bereits beginnt mit: „1. Wenn eine Fraktion alles daran setzt eine Kommission beizubehalten, für welche die anderen wenig übrig haben“, möchte ich fairerweise darauf hinweisen, dass im Rat



an dieser Abstimmung, gemäss Protokoll hauptsächlich Ratsmitglieder der SVP und BDP gefehlt haben. Der linke Block war hochmotiviert und komplett anwesend. Trotzdem hat eine Mehrheit im Rat dagegen gestimmt. Das heisst: Im Gemeinderat haben bereits damals, ausser der erwähnten einzigen Fraktion, mehr Ratsmitglieder das Begehren ebenfalls abgelehnt, als die Fraktionsgrösse der Antragssteller ist. Ich bitte daher Stefanie Huber auch bei übermotivierten Reden, zukünftig nur für ihre Fraktion und, ohne Legitimation, nicht für alle anderen Fraktionen zu sprechen. Für mich ist diese Motion aus folgenden Gründen abzulehnen: Als erstes möchten die Unterzeichner einmal mehr einen Ratsbeschluss oder ein Abstimmungsresultat einfach nicht akzeptieren. Dann möchte man einzelne Nein-Stimmen ohne Begründung gar nicht mehr sehen im Rat und zum Schluss nehmen es einzelne Personen noch persönlich, wenn sich ein Ratsmitglied erlaubt, gegen eine Kommissionsempfehlung zu stimmen. Meine Damen und Herren, wo bleibt denn da noch der Sinn für eine Gemeinderatssitzung? Nur weil ein Grüppchen unsere Fraktion zwingend im Präsidium sehen will, wir aber eine andere sehr gute Kandidatur unterstützten, soll jetzt wieder die langjährige gute Kommissionsarbeit und damit die öffentliche Kontrolle in Frage gestellt werden? Diese Möglichkeit einer öffentlichen Einsicht, wer eingebürgert werden soll und wer nicht, würde damit zu 100 % entfallen. Aber ausgerechnet die Unterzeichnenden dieser Motion, stehen am meisten hier vorne am Rednerpult und fordern immer wieder mehr Mitspracherecht durch den Gemeinderat bei für sie wichtigen Geschäften. Das soll aber für die Geschäfte, die sie lieber nicht öffentlich hätten, gar nicht mehr möglich sein? Ich bezweifle stark, dass dies im Sinne der Mehrheit unserer Bevölkerung ist. Wenn von links wieder mit fairen Einbürgerungen argumentiert wird, dann frage ich den Rat noch einmal: War es in den bisherigen Jahren nicht fairer, wenn knapp 3 % aller Einbürgerungsgesuche hinterfragt und trotz Empfehlung des Stadtrates, durch den Gemeinderat anders beurteilt wurden? Wenn man noch berücksichtigt, dass von 5 Rekursen der Gesuchsteller zwei nicht gutgeheissen wurden, zeigt uns das doch auf, dass gemäss Rekursinstanz doch nicht immer alle Bedingungen erfüllt waren. Trotzdem will man jetzt alle Anträge neu im Verwaltungsakt und durch den Stadtrat erledigen lassen. Ja, ich habe auch schon bei Einbürgerungen vereinzelt „Nein“ gestimmt, oder mich der Stimme enthalten, wenn ich mir nicht ganz sicher war. Glaubt mir geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ein solcher Entscheid zwingt einem jedes Dossier genau zu studieren. Denn es benötigt viel mehr Mut dagegen zu stimmen, vor allem wenn die Gesuchsteller auf der Galerie anwesend sind, als unisono in der grossen Gruppe einfach die Hände hochzuhalten. Eigentlich mache ich in diesem Saal nur das, was die Einwohner von Dübendorf, die mich als Gemeinderat gewählt haben, auch von mir verlangen: Unsere Meinung auch bei einem schwierigen Thema öffentlich zu vertreten. Die eingereichte Motion versucht das in Zukunft zu verhindern. Wer heute Abend diese Motion überweist, der muss sich ganz sicher sein, dass unsere Bevölkerung nicht mehr wissen will, wer und vor allem mit welchem Resultat in Dübendorf eingebürgert wurde. Denn nur mit dem bisherigen System kann jedermann nachlesen und auf Grund des eher knappen oder guten Resultats relativ einfach feststellen, wie gut sich dieser Gesuchsteller hier in Dübendorf bereits integrieren konnte. Aus diesem Grund empfehle ich euch, den vor kurzem bereits richtig gefällten Ratsentscheid stehen zu lassen, trotz persönlicher Differenzen einzelner Ratsmitglieder wieder Vernunft und Sachlichkeit walten zu lassen und diese Motion abzulehnen.“

Andrea Kennel (parteilos)

„Wir hören immer wieder, dass Personen, die mit einem Jahr in die Schweiz gekommen sind, so komplett anders behandelt werden, wie diejenigen, die in der Schweiz geboren sind. Von in der Schweiz geborenen Ausländern, welche durch den Stadtrat eingebürgert werden, wissen wir auch nichts. Bisher kam noch nie ein Vorstoss, dass man bei diesen Einbürgerungen mehr Informationen haben wolle. Dieses Argument zählt somit nicht. Die gehörten Zahlen widersprechen den von der ehemaligen BRK-Präsidenten gehörten Zahlen. Es ist wohl klar, welchen Zahlen ich eher vertraue. Es sei mühselig, nach nur drei Jahren bereits wieder dieses Geschäft zu bringen. Der Gemeinderat wurde neu gewählt und wir sind nun anders zusammengesetzt. Auch war das Abstimmungsergebnis beim letzten Mal mit 16 zu 17 Stimmen sehr knapp. Da ist es wohl legitim, das Geschäft nach so kurzer Zeit wieder zu bringen.“



Orlando Wyss (SVP)

„Es wären wohl diverse Personen hier enttäuscht, wenn ich bei diesem Geschäft nicht ans Mikrofon treten würde. Darum möchte ich natürlich auch gerne etwas beitragen. Patrick Schärli sagte es richtig, Einbürgerungen sind kein Verwaltungsakt, sondern ein politischer Entscheid. Das war bereits seit Jahrzehnten immer schon so und ist erst mit dem unsäglichen Bundesgerichtsentscheid aus dem Jahr 2003 geändert worden. Und darum ist eigentlich falsch, als vorhin gesagt wurde, dass die Legislative die Kriterien festlegen würde, denn eigentlich ist es die Judikative. Es war ein Entscheid der Judikative, dass die Praxis geändert werden müsse. Und was hat geändert? Nicht, dass das Abstimmungsverhalten in einem Rat geändert wird und man bei jeder Abstimmung das positive oder negative Stimmverhalten begründen müsse. Nur bei einem negativen Entscheid müssen die Ablehnungsgründe begründet werden. Von dem her war die Judikative diejenige, welche die Praxis umgekehrt hat. Sie hat probiert, die Einbürgerungen zu einem Verwaltungsakt zu machen. Aber es ist keiner!

Es wurde gezeigt, dass sich die Motion durch Effizienz, Abbau von Bürokratie und auch aus finanziellen Gründen begründet wird. Aber in der Politik ist die Effizienz nicht das oberste Thema und nicht das Wichtigste in einer politischen Debatte. Es gibt andere Sachen, die wichtiger sind. Finanzielle Gründe, die auch angesprochen wurden, können es sowieso nicht sein. Denn am Effizientesten wäre eine Diktatur. Aber finanziell wäre dies wohl auch nicht besser. Der viel entscheidendere Grundsatz ist die Transparenz. Transparenz gegenüber dem Stimmbürger, welcher uns gewählt hat, mit entscheidet und wissen will, aus welchen Gründen etwas gemacht wird. Und wir sind ja effizient. Wenn der Antrag der BRK einstimmig erfolgt, dann machen wird keine lange Debatte, dann wird sofort über das Gesuch abgestimmt. Ist der Antrag jedoch nicht einstimmig, dann wird dies transparent gemacht. Das ist richtig so, denn die Bevölkerung hat das Recht, dies zu erfahren. Nach meiner Meinung ist die Transparenz wichtiger als die Effizienz. Und wenn nur eine Einbürgerung, welche vom Stadtrat durchgewunken wurde, von uns abgelehnt wird, dann hat die BRK bereits ihren Zweck erfüllt. Korrigieren kann man diese Entscheide des Stadtrats auch nicht sofort, denn die Wahlen finden nur alle vier Jahre statt. Zum Thema Kosten: Es gibt wohl kein günstigeres Gremium als unser Gemeinderat. Ich weiss nicht, ob die Personen im Publikum wissen, was wir verdienen. Als Gemeinderat bekommen wir Fr. 1'400.00 pro Jahr. Geld sparen würden wir somit nicht, denn nur mit dem wenigen, was die BRK noch kostet, lohnt sich das nicht. Die Transparenz sollte wichtiger sein und in diesem Sinne bitte ich Sie, die vorliegende Motion abzulehnen.“

Hans Baumann (SP/Grüne)

„Ich stimme Orlando Wyss in einem Punkt zu. Wenn er sagt, dass finanziellen Überlegungen sowie die Effizienz keine grosse Rolle spielen dürfe. Die Transparenz ist viel wichtiger, auch in diesem Punkt stimme ich ihm zu 100 % zu. Wenn wir jetzt aber einmal die letzten acht Jahre betrachten. Was hätte es gebracht, wenn der Stadtrat entschieden hätte und nicht der Gemeinderat? Aus Sicht der Transparenz hätte überhaupt nichts geändert, die Öffentlichkeit wäre genauso informiert worden. Am Schluss der Sitzung wäre – genau wie es auch in den letzten acht Jahren der Fall war – nämlich gestanden, welche Personen eingebürgert wurden. Das kann man im Glattaler und im Protokoll lesen. Auch wenn der Stadtrat die Einbürgerungen machen würde, wäre die Transparenz gegeben, da sie in den Stadtratsbeschlüssen nachgelesen werden könnten. Mehr Transparenz gibt es in dieser Geschichte nicht. Darum bin auch ich der Meinung, dass das Verfahren jetzt geändert werden muss.“

Abstimmung

Die Motion „Delegation Einbürgerungskompetenz an den Stadtrat“ wird mit 22 zu 15 Stimmen abgelehnt und ist damit abschliessend behandelt.



Die Richtigkeit bescheinigt

Beatrix Peterhans
Gemeinderatssekretärin